

Denkschrift von Jean Monnet (Algier, 5. August 1943)

Legende: Im Laufe des Zweiten Weltkriegs fragt sich Jean Monnet, Mitglied des französischen Komitees für die nationale Befreiung in Algerien, wie nach dem Ende des Konflikts der Frieden dauerhaft hergestellt und der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas gewährleistet werden können.

Quelle: Fondation Jean Monnet pour l'Europe, Lausanne. Archives Jean Monnet. Fonds AME. 33/1/4.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/denkschrift_von_jean_monnet_algier_5_august_1943-de-b61a8924-57bf-4890-9e4b-73bf4d882549.html



Publication date: 05/07/2016

Denkschrift von Jean Monnet (Algier, 5. August 1943)

[...]

Die derzeitige Kriegslage [...] kann zu einer baldigen Niederlage des Feindes und zur Befreiung Europas führen. Auf diesen Moment muss man vorbereitet sein; schon im Vorhinein müssen diplomatische Vereinbarungen getroffen und die Völker geschult worden sein, damit sie die grundlegenden Begriffe verinnerlichen, die den Wiederaufbau der demokratischen Institutionen ermöglichen: die Hoffnung, dass ein konstruktives Programm zur Neuorganisation Europas ihnen Wohlstand und den Frieden bringt, und den Glauben daran, dass diese Aufgaben nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden.

So würden wir zu den Grundlagen beigetragen haben, mit denen es möglich sein wird, mit neuem demokratischen Glauben und der Hoffnung auf eine bessere Welt, die größten Gefahren für den europäischen Wiederaufbau und den Frieden zu bannen, nämlich den Glauben daran, dass durch Nationalismus und die nationale Souveränität in all ihren Formen – der politischen und wirtschaftlichen – die Ängste der Völker beruhigt und die Probleme der Zukunft gelöst werden können.

[...]

Wir müssen deshalb handeln, bevor der Feind vernichtet ist. Wir müssen jetzt handeln. Das ist die Pflicht des Französischen Komitees für die Nationale Befreiung. Es muss Richtlinien festlegen und die Alliierten befragen – nicht unbedingt, um ihr Einverständnis einzuholen, sondern um in seiner endgültigen Stellungnahme die wesentlichen Punkte zu berücksichtigen, in denen es keine Übereinstimmung gibt. Denn ihre Mitarbeit – oder die Mitarbeit einiger von ihnen – ist für das Gelingen unseres Projekts notwendig. Aus diesem Grund muss das Komitee zu Frankreich und der Welt sprechen.

Folgende Ziele müssen erreicht werden: die Wiederherstellung oder die Herstellung der Demokratie in Europa, sowie die wirtschaftliche und politische Organisation einer „europäischen Instanz“. Dies sind die beiden Hauptvoraussetzungen für die Herstellung von Bedingungen, unter denen der Frieden in Europa zum Normalzustand wird. Es wird keinen Frieden in Europa geben, solange es möglich ist, dass Regime Fuß fassen, in denen das Recht auf Ausübung einer Opposition nicht geachtet wird und es keine freien Wahlen gibt. Diese beiden Bedingungen sind ausschlaggebend für die Wiederherstellung und die Bewahrung aller Grundfreiheiten wie der Redefreiheit, des Versammlungsrechts, des Koalitionsrechts etc., die die Grundlage für die Entwicklung der westlichen Zivilisation waren.

Es wird keinen Frieden in Europa geben, wenn der Wiederaufbau der Staaten erneut auf der nationalen Souveränität beruht, die zwangsläufig mit einer auf Ansehen ausgerichteten Politik und wirtschaftlichem Protektionismus einhergeht. Wenn die europäischen Staaten sich erneut gegeneinander abschirmen, wird es wieder riesiger Armeen bedürfen. Einige Länder werden dies laut zukünftigem Friedensvertrag können, anderen wird es verboten sein. Bereits 1919 haben wir Erfahrungen mit dieser Methode gemacht und kennen ihre Folgen. Intereuropäische Bündnisse werden geschlossen werden. Wir wissen, wie viel sie wert sind. Soziale Reformen werden durch das Gewicht der Militärhaushalte verhindert oder verzögert werden. Europa wird ein weiteres Mal in Angst erbaut werden.

Die Staaten Europas sind zu klein, um ihren Völkern den Wohlstand bieten zu können, den die modernen Bedingungen möglich und daher notwendig machen. Sie benötigen größere Märkte. Sie dürfen außerdem nicht mehr einen Großteil ihrer Ressourcen für den Fortbestand der für die nationale Verteidigung benötigten so genannten „Schlüsselindustrien“ aufwenden, deren Notwendigkeit sich durch die Form der protektionistischen, „national souveränen“ Staaten ergibt, wie wir sie vor 1939 kannten.

Ihr Wohlstand und die notwendigen sozialen Entwicklungen sind unmöglich, es sei denn, die Staaten Europas bilden eine Föderation oder eine „europäische Instanz“, die eine gemeinsame wirtschaftliche Einheit formen würde.

Es ist klar, dass es nicht möglich ist, dieses „europäische Ergebnis“ sofort zu erzielen, und dass es viel Zeit

brauchen wird, um die notwendigen Diskussionen zu führen und die nötigen Abkommen abzuschließen. Dennoch ist es unverzichtbar, bereits heute Maßnahmen zu planen, die eine Umsetzung zumindest nicht unmöglich machen würden. Sollte die Befreiung Europas so verlaufen, wie vorausszusehen ist, werden die Konsequenzen – wie wir oben gesehen haben – zweifellos zur Entstehung von willkürlichen Institutionen in Europa und zur Wiederherstellung souveräner und protektionistischer Staaten führen; das heißt, die oben genannten Ziele drohen, nicht erreicht zu werden.

[...]

Daraus ergibt sich, dass der europäische Wiederaufbau und somit der Frieden nur in zwei Etappen möglich sind, sowohl was die Wiederherstellung der politischen Instanzen in den einzelnen Staaten als auch die Wirtschaft angeht: Die erste Etappe beginnt, sobald die Soldaten der Befreiungsarmeen das europäische Festland erreichen, und dauert bis zu dem Zeitpunkt, an dem eine Friedenskonferenz abgehalten werden kann. Die zweite Etappe beginnt mit der Friedenskonferenz und endet mit der Einrichtung einer europäischen Instanz – wenn es denn soweit kommt.

[...]

Die erste Etappe ist aufgrund der oben genannten Gründe die gefährlichste. Von ihr hängt alles Weitere ab.

Vom politischen Standpunkt her betrachtet ist es von wesentlicher Bedeutung, Maßnahmen zu ergreifen, um in den befreiten Ländern sofort Übergangsregierungen durch demokratische Verfahren einzusetzen.

Die einzelnen europäischen Staaten müssen den gleichen Weg einschlagen, jeder einer mit seiner eigenen Form einer Verfassung. Dennoch könnte dem erschütterten Europa nichts mehr politische Ruhe verleihen, als die Gewissheit noch vor der Befreiung, dass die erste Handlung der Befreier darin bestehen wird, die Einrichtung einer „Übergangsregierung“ nach den Regeln der Verfassung zu überwachen. Diese übernimmt die Regierungsgeschäfte des Landes, bis in allgemeinen Wahlen, die nach der Rückkehr der Gefangenen, der Arbeiter etc. abgehalten werden, die endgültige Regierung gebildet wird.

Diese Verpflichtung wird den Elementen den Wind aus den Segeln nehmen, die sich in den einzelnen Staaten darauf vorbereiten, die Regierung zu übernehmen. Wenn sie nicht wissen, dass eine demokratisch bestimmte Übergangsregierung direkt nach der Befreiung eingesetzt werden soll, können die Völker alles argwöhnen, was wiederum Gewaltstreiche rechtfertigen oder zumindest unterstützen würde. Außerdem: Wenn es Gewaltstreiche gäbe, in wessen Namen könnten sie von der de facto regierenden Obrigkeit unterbunden werden? Das Volk wäre der Meinung, dies geschähe ausschließlich zur Erhaltung ihrer eigenen Macht. Wenn hingegen eine Niederschlagung vor der Einsetzung einer Übergangsregierung nötig werden sollte, wird die de facto regierende Obrigkeit die Gewaltstreiche unterdrücken, um die ordnungsgemäße Einsetzung einer Übergangsregierung zu ermöglichen. In einem Fall käme es zu einem Bürgerkrieg; im anderen würde die Ordnung im Rahmen der Institutionen gewahrt.

Wenn die Übergangsregierung sich konstituiert hat, wahrt sie die öffentliche Ordnung im Namen der Nation.

Die Wahrung der öffentlichen Ordnung im Namen der Nation kann nur dann zufrieden stellend sein, wenn sie in aller Legalität geschieht. Das gesamte europäische Drama ist das der Willkür. Die Achtung der Gesetze muss wiederhergestellt werden. Die Macht muss von den Personen getrennt werden. Gewaltherrschaft und Anthropolatrie müssen verhindert werden. Vor Beginn der totalitären Regime, vor allem um 1914 herum, war dies in fast ganz Europa der Fall.

Vage Formulierungen in Proklamationen sind nicht ausreichend. Die Öffentlichkeit muss aufgeklärt werden. Seit Jahren werden der Liberalismus, die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Wahrheit systematisch unterdrückt oder kommen ins Kreuzfeuer heftigster Kritik. Sie müssen befreit werden, ohne gehässige Polemik und ohne den Beigeschmack der Revolte, sondern auf intelligente, vielseitige und ehrliche Weise. Die Öffentlichkeit muss informiert werden. Die Jugend muss durch Presse, Radio und Schulwesen gebildet werden, die Demokratie und die Achtung der Gesetze müssen im Geiste aller verankert werden.

Wenn die Parteien, wie einige befürchten, das Chaos und die Hilflosigkeit der Völker ausnutzen, um ihren eigenen Willen durchzusetzen und ihr eigenes System einzuführen, käme ihr Handeln einer Rebellion gegen die Institutionen gleich; dadurch wären die Parteien den gleichen Strafmaßnahmen durch die Institutionen unterworfen, an denen sie wie alle anderen mitwirken können.

In wirtschaftlicher Hinsicht ist es von wesentlicher Bedeutung, dass die Wiederherstellung wirtschaftlicher Souveränität von Beginn an verhindert wird; deshalb sollte von den Exilregierungen oder Autoritäten wie dem Französischen Komitee verlangt werden, dass sie sich verpflichten, bis zum Abschluss eines Friedensvertrags keine Zölle oder Kontingente einzuführen.

Neben den oben genannten allgemeinen Gründen ist es offensichtlich, dass Europa aufgrund seines Mangels an Ressourcen auf alle handelbaren Güter angewiesen sein wird und dass die Lage der Völker in dieser Zeit zusätzlich erschwert würde, falls auf die so schwer zu beschaffenden lebensnotwendigen Güter noch Zölle erhoben würden. Genau so offensichtlich ist, dass, wenn diese Maßnahme nicht ergriffen wird, die Privatwirtschaft Druck auf die Regierungen ausüben wird, um erneut Zölle einzuführen, und dass die Länder sie fordern werden, um eine Waffe für so genannte „Wirtschaftsverhandlungen“ in der Hand zu haben. Im Handumdrehen wird der Protektionismus innerhalb Europas wiederhergestellt sein und erneut jahrelang nicht abgeschafft werden können. Dieser Protektionismus und dieser „wirtschaftliche Nationalismus“ bringen uns direkt zurück zur Situation des Europa vor 1939:

- Frage der Einfuhrmonopole;
- Relief;
- Wiederaufbau der nationalen Industrien, um zumindest Arbeit zu sichern;
- die Frage Deutschlands, das möglicherweise das einzige Land mit einer funktionierenden Industrie sein könnte;
- Notwendigkeit eines von den Alliierten verwalteten Außenhandelsmonopols;
- Rückgabe der von Deutschland in den besetzten Ländern beschlagnahmten Maschinen etc.;
- finanzielle Fragen in der Übergangszeit;
- Lend Lease für die Versorgung aus den Überseegebieten etc.

Der für diese Übergangszeit vorgesehene Plan kann nur gelingen, wenn er realistisch ist. Er muss die historische Entwicklung eines jeden Landes berücksichtigen. Er darf das politische Element nicht künstlich vom wirtschaftlichen trennen, da diese Unterscheidung nicht der historischen Entwicklung und den Bedürfnissen der Regierung entspricht. Der Plan kann nur im Rahmen von Gesetzgebungen entstehen, die vor langer Zeit in Vergessenheit gerieten oder vor kurzem aufgegeben wurden, die aber zumindest in den wiederaufzubauenden Staaten existierten, erdacht und ausgeführt wurden. Schließlich beruhen Wahlen und ganz allgemein demokratische Institutionen auf einem Verwaltungsapparat, dessen Strukturen besser nicht improvisiert werden sollten, ohne sich auf die Vorgänge der liberalen Zeit zu berufen.

[...]

Unter diesen Umständen zeigt sich, dass der erste Schritt in der sofortigen Einrichtung übergangsweiser politischer Institutionen in jedem Staat auf demokratischer Grundlage bestehen muss; die europäische Wirtschaft muss in diesem Übergangsstadium bewahrt bleiben, ohne die Einführung von Zöllen etc.; die Friedenskonferenz darf erst stattfinden, wenn die gesetzlich beauftragten Übergangsregierungen der europäischen Ländern zusammentreten können.

[...]

Der zweite Schritt besteht hauptsächlich aus der Friedenskonferenz.

- Plan für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas;
- Situation Europas gegenüber den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und der Sowjetunion;
- Programm zur Lösung der Deutschlandfrage, Bevölkerungsströme;

- Einrichtung eines europäischen Staates für die Schwerindustrie;
- Kontrolle der Herstellung von Flugzeugen und der Fluglinien durch eine europäische Behörde;
- Einbeziehung der Sowjetunion, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten in diese Systeme und Kontrollen;
- Politische und finanzielle Organisation Europas;
- Organisation eines Weltrates mit europäischer Beteiligung;

[...]